Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt
Telegramm-Adresse: Saargauzeitung.
Fernsprecher 70 u. 82. Postscheck 39.

18 DESSIPAT ATQUE FOVET 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post Fr. 6.90 Inclusive
preise: Die 6gespaltene 40 mm-Zeile 0.45 Fr., Deutschland 10 Pfg.
Amtliche Anzeigen 0.60 Cts.

Nr. 146. Saarlouis, Dienstag, den 6. Juli 1926. 55. Jahrgang.

Die geschlossene Zentrumsfront.

Eine Kundgebung des Reichsausschusses der Zentrumspartei an die Zentrumswähler. Für eine gerechte Lösung der Fürstenabfindungsfrage. — Zur Frage der Arbeitslosigkeit. Für Klärung der Atmosphäre im Innern.

Eine Erklärung Dr. Wirths.

Berlin, 5. Juli. Der Reichsparteiausschuß des Zentrums, der gestern in Berlin zusammentrat, beschloß einmütig folgende

Kundgebung an die Partei.

Parteifreunde! Sofort nach Abschluß der parlamentarischen Arbeit wendet sich die Zentrumspartei durch den Reichsparteiausschuß an ihre Wähler und Freunde im Lande.

Die Fürstenabfindung, die politische Frage des Tages, ist durch die Wirkungen der wirtschaftlichen Not und unter den gegenwärtigen Sorgen, die aus ihrer Lösung entstehen, wesentlich verschärft worden. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat diese Sachlage klar erkannt. Sie hat materielle Forderungen abgelehnt, aber alle Möglichkeiten für eine angemessene Lösung, die nur dem gesunden Rechtsgefühl und vor dem neuernten Volke verantwortet werden könnte, die Zentrumspartei wollte Nichts schaffen, Jahr Verhältnisse sind an der Verantwortungslosigkeit der Rechten und der Linken gescheitert. Dadurch ist ein Zustand geschaffen, der zu schweren Reichsnöten führt. Die Zentrumspartei ist nicht gewillt, diesen Zustand hinzunehmen. Die Entschlossenheit, ihre bewährten Verbindungen der Zusammenarbeit mit den Linken neu anzuknüpfen. Die Zentrumspartei hat ihre Neigungen und vielmehr die Ziel weiter verfolgen. Unsere Parteifreunde im Lande werden mit besser zu spüren haben, daß sie nicht mehr Gefahr laufen, daß ihre Stimmen Anhrgung, die weite Kreise des deutschen Volkes befriedigt, nicht noch einmal in Nichts wird. Jedem wie unsere eigenen Wähler sollen wissen, daß die Zentrumspartei alles Mögliche wie eine der Voraussetzungen für unter politischen Ziel: eine gerechte Regelung der Fürstenabfindungen.

Trotz weiterer Maßnahmen, die die Zentrumspartei bei der Reichsregierung und mit die die drückende Not von Millionen unzerhindert ferl. Es handelt sich hier um Schicksalsfragen ohne eine Stelle grundsätzlich ist. Die Zentrumspartei hat sich für Arbeitslosen, mit gründlicher Unterstützung des Arbeitslosen der Erwerbslosigkeit weiter behoben werden kann. Nur in der Arbeitslosfürsorge kann das wirksamste Hilfsmittel sein. Die Zentrumspartei wird alle Mittel in unser Zeit und auf eigl. breiterer Grundlage durchführen, ist die Zentrumspartei gewillt. Sie wird sich mit verstärkter Energie dieser Aufgabe nehmen.

Die Stellung Deutschlands zu den andern Staaten und Völkern hebt vor einer entscheidenden Wendung. Deutschland wird sich im Völkerbund vor schwere Aufgaben gestellt sehen. Die Zentrumspartei hat unbeirrt durch Hemmungen und Störungen dieser Aufgaben mit Mut gewiesen, die heute unerkannt sind und heute niemand weiß vorhinein in andersgerichtet wegt. Diese Schlußsätze, bedeutet und verdeutlicht unserer Aufgaben mit auch im Völkerbunde fortgeführt werden. Nur diese Fortführung führt die Befreiung der Rheinlande Ordnung, für beren Beweisführung zu sorgen, ist die Zentrumspartei in besonderem Maße berufen sein.

Eine solche weisen schwierige und der Not unserer Wahlkreise ernsten und ernsten Ziel, die Ziel, die Ziel, die Ziel, die politische Atmosphäre in unserem Volke von allen zerspleenden und zerspaltenden Tendenzen gereinigt werden. Damit sind alle Bestrebungen unserer Partei, die sich auf der Grundlage christlicher Grundsätze und den christlichsozialen Charakter unseres Volkes basieren entstehen und geschehen. Auf dieser Linie muß unser Wirken und Ziel sein.

Zu der Ueberzeugung von der Zeitgeistlichkeit und Größe dieser Partei und nationalpolitischen Notwendigkeiten und in den Kreisen unserer Partei zu gewinnen, sind alle Kräfte in Partei und Fraktion zusammen. Die Deutsche Zentrumspartei geht den kommenden Aufgaben und Kämpfen mit geistesfreier Kraft entgegen.

Eine Erklärung Dr. Wirths.

Berlin, 5. Juli. Der Reichskanzler hat an der Kundgebung des Reichsparteiausschusses lebhaften Anteil genommen. Er hohe seine Auffassung gegen Schluß der Tagung in folgender Erklärung zusammen:

So groß die Enttäuschung und die Verbitterung innerhalb der Zentrums auch sein möge über das Verhalten der Rechten und Linken im Reichstag, so entschieden muß auch unsere politische Wille sein, der geschaffenen Lage gerecht zu werden. Die Zentrumspartei stellt Aufgaben und Problemen vor sich, die sie mit als geistesfreier Partei und Nation in Angriff nehmen kann. Wir müssen die Aufgaben initiativ meistern wollen. Da müssen alle Differenzen zurücktreten. Politik wird vorwärts.

Aber niemand darf uns täuschen wollen. Wir sind entschiedene Republikaner mit positiven Zielen. Das Wort von Weimar ist keine Floskel. Wir müssen die Erklärungen Dr. Stresemanns und Dr. Curtiusvorschläge, die republikanischen Charakter unseres Staatswesens fest verankert werden soll und in keiner Weise und in keiner Form revolutionäre Kräften überlassen werden soll, ernst zur Kenntnis. Wir verstehen uns in der Aufgabenpolitik, verstehen uns im Wesen und in dem Ziel unserer wahrhaft nationalen und selbständigen Politik.

Wir verstehen uns auch in der großen Aufgabe, die uns besonders gestellt ist, die großen Schaden des arbeitenden Volkes in Stadt und Land den demokratischen Staate mit Pflichten und Rechten in Freiheit als verantwortliche Staatsbürger einzuordnen und alles zu tun, den modernen Proletariat hinlänglich und helfend zur Seite zu stehen und zeigen Freiheit und Gleichheit, eine einzelnen heutigen politischen Partei zu treiben. Gerade jetzt zeigt es sich, daß die Aufgabe eines demokratischen Zentrums darin besteht, revolutionären Tendenzen hemmend entgegenzutreten. Wir müssen die Wähler überzeugen, daß Wege für alle zu einem, die im Sozialstaat gewillt sind, auf der gegebenen Grundlage dem Staate zu dienen.

Damit ist selbstverständlich die dringende Pflicht verbunden, die besonderen Fragen, wie allem in der Beschäftigung zum Ausdruck kommt, die die Zentrumspartei und unserer Wähler bedrängen und führend in die politische Wagschale zu werfen. Die Sozialpolitik ist keine Aufgabe für unter Partei und Fraktion. Wir werden die Zentrumspartei im Verhandlungen mit CDU und Wirtschaftsvereinigungen, für die wir heute eine gemeinschaftliche Plattform gefunden haben, zum Ausdruck bringen.

Unter denjenigen Verfassungsbestimmungen und Handelsverhältnissen erklärte Dr. Wirth zum Schluß, daß er keine Möglichkeit der Partei und Fraktion, die Wirtschaftsfragen, wie sie heute stellen lassen wollte, an diesen Aufgaben und wahrhaft nationalen deutschen Politik, zum Wohle unseres Volkes und Vaterlandes mitzuarbeiten.

Die bedeutungsvolle Tagung des Reichsparteiausschusses, deren Ausführungen für die Politik des Zentrums und die konkrete Politik abschnapp von allergrößter Bedeutung sein werden, schloß Reichskanzler Dr. Marx mit einem begeisterten Hoch auf das deutsche Vaterland.

Dr. Wiedfeld gestorben. †

Geheimrat Dr. Wiedfeld, Leiter der Berliner Kriegs B.-G., früherer deutscher Botschafter in Washington, ist im Alter von 66 Jahren, siebenjähriger noch langer Krankheit gestorben. Er wurde am 16. August 1871 in Duisburg Kreis Saarlouis geboren. Er studierte Rechtswissenschaft und wurde dann zunächst Direktor der Landesgenossenschaftsbank im Königreich Sachsen. Dann ging er in den kommunalen Dienst über, wurde Leiter des statistischen Amtes Hannover, ging dann in Dresden, wo er im Jahre 1904 wurde er Bürgermeister der Stadt Essen und von ihr folgte er im Jahre 1908 einen Ruf als Vortragender Rat im Reichsamt des Innern. Im Jahre 1911 trat er in Japanischen Dienste und wurde als Leiter der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft in Tsotsu. Nach seiner Rückkehr wurde er Mitarbeiter im Reichsamt des Innern und trat in den Dienst der Stadt Essen. Im Jahre 1919 übernahm er dann eine Stelle im Direktorium der Firma Krupp. Im Jahre 1920 erhielt die Botschaft in Washington, wo er unter großen Kenner unserer Wirtschaft zum Botschafter in Washington.

Schweres Unglück an einem Berliner Ausflugsort.

12 Tote, 50 Verletzte.

Berlin, 5. Juli. Der Wolkenbruch Schlunk, einem Ausflugsort bei Berlin, wurde durch die infolge starken Regens herabgestürzenden Wassermassen das Museum der Jugendhof des Reichsbahn Gewerkschaft zerstört. Das einstürzende Museum begrub die dort vor dem Unwetter Schutz suchenden Ausflügler. Bis 9 Uhr abends wurden 12 Tote und ungefähr 50 Verletzte, und Schwerverletzte geborgen.

Eigenartige Agitation des Organs der Wirtschafts-Partei.

Es gibt im Saargebiet eine Partei, von der man in der Regel gewöhnlich wenig hört, wenn jedoch die Zeit der Wahlen kommt, bringt diese Partei auf einmal, aus ihrer sonstigen Geschlossenheit zu erwachen und sie scheint das bisher Versäumte nachholen mit doppelter Kraft nachholen zu wollen.

Die Partei der Haus- und Grundbesitzer meint sich jetzt Wirtschaftspartei des Mittelstandes.

Schon dieser Name ist ein Unsinn, denn leicht noch ihren Programm kann sie nur einen ganz geringen Bruchteil der Interessen des Mittelstandes und zwar denjenigen, der zufällig Hausbesitz, zu vertreten, während sie bezeichnen übrigen wiegenden Teil des Mittelstandes, der sich aus Beamten zusammensetzt, die zufällig nicht gleichzeitig Hausbesitzer sind, Hart vernachlässigt oder sogar bekämpft. Nur auch die Partei offen der Hausbesitzer sind in der Vergangenheit, insbesondere bei der vor Jahren verabschiedeten Wohnungsgesetzes und der gemeinen Partei entgegenkommen Wohnungsgesetzes und der gemeinen Partei entgegenkommen Wohnungsgesetzes und der gemeinen Partei entgegenkommen